



Sendung vom 20.4.2012, 21.00 Uhr

Prof. Dr. Hubert Weiger
Vorsitzender Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland,
Vorsitzender Bund Naturschutz Bayern
im Gespräch mit Dr. Dieter Lehner

- Lehner:** Willkommen bei alpha-Forum, verehrte Zuschauer. Über unseren Gast heute freue ich mich ganz besonders: Professor Dr. Hubert Weiger, Vorsitzender des "Bundes Naturschutz in Bayern e. V." und Vorsitzender des "Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland", B.U.N.D. Herzlich willkommen, Herr Professor Weiger.
- Weiger:** Grüß Gott, Herr Lehner.
- Lehner:** Den Umwelt- und Naturschützern haftet ja oft so ein bodenständiges Image an. Manche sind ein bisschen militant, manche sind eher in der Natur unterwegs. Sie sind Akademiker: Wie fühlt sich denn ein Akademiker unter Naturschützern?
- Weiger:** Sehr wohl. Denn es ist ja keine akademische Frage, ob man sich für den Naturschutz engagiert, sondern eine sehr persönliche, sehr emotionale Frage. Die Naturschützer kommen aus emotionalen Gründen zum Schutz der Natur, weil sie Mitleid haben mit anderen Geschöpfen bzw. weil sie darunter leiden, wie sich Natur und Landschaften verändern. Traditionell haben wir daher Menschen aus allen Bevölkerungsschichten als Aktive und Engagierte im Naturschutz. Geschichtlich bedingt liegt freilich der Anteil der Akademiker durchaus über dem des Bevölkerungsdurchschnitts. Das hängt damit zusammen, dass der Naturschutz in Deutschland ursprünglich eine städtische Bewegung gewesen ist. Das gilt auch für München: Es waren Künstler, es waren Akademiker um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, die damit begonnen haben und die dann 1913 den Bund Naturschutz gegründet haben. Erst später sind dann Menschen aus anderen Bevölkerungsschichten dazugekommen.
- Lehner:** Wie hat sich denn diese Organisation entwickelt? Sie sagten, dass 1913 der Bund Naturschutz gegründet worden ist. Das heißt, da steht ja demnächst ein 100-jähriges Jubiläum an. Diese akademische, eher emotionale Beziehung zur Natur hat sich ja völlig verändert in diesen 100 Jahren. Ist denn aus dieser naturverbundenen Wandervogeltruppe von damals heute eine schlagkräftige Kampforganisation geworden?
- Weiger:** Ja, der Bund Naturschutz in Bayern wurde 1913 gegründet, übrigens zur gleichen Zeit wie der "Österreichische Naturschutzbund". Ein Jahr davor hatte die Gründung des "Schweizerischen Bundes für Naturschutz" stattgefunden. Das war also quasi eine Gründung von

Naturschutzverbänden im Alpenraum. Das Phänomen beim Bund Naturschutz in Bayern besteht wohl darin, dass er sich bereits am Anfang eine Satzung gegeben hat, die weit über den damaligen Zeitgeist hinausging und eben nicht nur den Schutz von einigen seltenen Tier- und Pflanzenarten zum Ziel hatte, sondern den Schutz der gesamten Natur, also auch den Schutz von Boden, Wasser und Luft. Erst viel später hat das dann über die modernen Naturschutzgesetze der 70er Jahre Eingang in das allgemeine Bewusstsein gefunden. Der Bund Naturschutz hatte dieses Bewusstsein jedoch bereits bei seiner Gründung. Ich glaube, das hängt vielleicht auch damit zusammen, dass verantwortliche Gründer an der Münchner Hochschule Hochschullehrer waren – u. a. war der Forstwissenschaftler Professor Freiherr von Tubeuf der erste Vorsitzende. Ihm war damals schon klar, dass es nicht um den Schutz von einigen wenigen Arten gehen kann, sondern um den Schutz von, wie man heute sagen würde, Ökosystemen. Damit beinhaltete der Naturschutz also von Beginn an den Schutz des Menschen. Interessant war sicherlich auch, dass das bayerische Königshaus hier eine nicht unwichtige Rolle gespielt hat.

Lehner: Kronprinz Rupprecht war ja quasi der Schirmherr.

Weiger: Ja, er war der Schirmherr. Das war eine Gründung im Staatsministerium des Inneren – später hätten es vielleicht manche Politiker gerne gesehen, wenn man uns damals nicht gegründet hätte – und das hat dazu geführt, dass die bayerischen Kommunen im Jahr 1913 aufgefordert wurden, Mitglied beim Bund Naturschutz zu werden. Damit haben wir hier das Phänomen, dass wir im Gegensatz zu eigentlich allen anderen Naturschutzverbänden in Deutschland nach wie vor viele Kommunen als Mitglieder im Bund Naturschutz haben. Damit haben wir natürlich auch eine ganz besondere kommunale Verankerung.

Lehner: Die Bundesorganisation ist dann ja erst sehr, sehr viel später gegründet worden, praktisch im Nachgang zu den Veränderungen der 50er, vor allem aber der 60er und 70er Jahre. Die Anti-AKW-Bewegung, die Bürgerinitiativen usw. mündeten in diese Gründung. Damals haben bei dieser Gründung ganz namhafte Personen wie Bernhard Grzimek, Horst Stern oder Hubert Weinzierl maßgebend mitgewirkt. Warum ist denn diese bundesweite Gründung erst so spät erfolgt?

Weiger: Das ist eine berechtigte Frage. Das hängt damit zusammen, dass es nach dem Zweiten Weltkrieg außerhalb Bayerns, wo es den Bund Naturschutz sozusagen immer schon gegeben hat, eigentlich kaum Naturschutzbemühungen gegeben hat. Das war die Zeit des Wiederaufbaus, des raschen Wachstums: Da war der Naturschutz einfach nicht vorhanden im öffentlichen Bewusstsein. Dies hat dazu geführt, dass es eigentlich erst durch die sichtbaren Umweltschäden – Stichworte hierfür sind z. B. die Schaumkronen auf den Flüssen und Fischsterben in den 60er Jahren – zu einer öffentlichen Umweltdebatte gekommen ist. Diese hat dann 1970 im Europäischen Naturschutzjahr dazu geführt, dass der Naturschutz tatsächlich anders bewertet worden ist. Der Bund Naturschutz in Bayern hat im Übrigen für Deutschland das Europäische Naturschutzjahr in Bayern federführend durchgeführt, mit der zentralen Veranstaltung hier in München. Dies hat dann wiederum zu einer völlig anderen medialen Resonanz geführt. Hubert Weinzierl war damals bereits eineinhalb Jahre

Vorsitzender vom Bund Naturschutz in Bayern. Mit Helmut Steininger als Landesgeschäftsführer begann dann auch der Aufbau des Verbandes im modernen Sinn. Und das war auch in der Tat die Zeit der Gründung von Bürgerinitiativen, in denen sich Menschen spontan zusammengeschlossen haben, um sich auch außerhalb von Verbänden für den Schutz der Umwelt einzusetzen. Das hat dann dazu geführt, dass man erkannt hat: Wir haben ja in Deutschland keine schlagkräftige Natur- und Umweltschutzorganisation! Deswegen kam es dann 1975 zur Gründung des B.U.N.D. Ich war damals das jüngste Gründungsmitglied und für mich als junger Mensch war es natürlich hoch spannend, diese großen Persönlichkeiten des Naturschutzes hier in ihren Aktivitäten und auch in ihren Zielvorstellungen miterleben zu dürfen.

Lehner: Sie sind nun Vorsitzender beider Organisationen, also der bayerischen wie der bundesweiten Organisation. Für welche schlägt denn Ihr Herz mehr als Gesamtbayer, der in Schwaben geboren und aufgewachsen ist und nun schon seit vielen Jahren in Nürnberg, also im Fränkischen lebt?

Weiger: Ich bin natürlich verankert im Bund Naturschutz in Bayern: Das ist mein Heimatverband. Der B.U.N.D. ist aber derjenige Verband, der unverzichtbar ist, um Naturschutz auf nationaler und auch internationaler Ebene machen zu können. Ich bin ja auch nicht zuletzt 2007 als Vorsitzender des B.U.N.D. angetreten, um die klare Position, die wir hier in Bayern für selbstverständlich erachten, auf der Bundesebene verstärkt durchsetzen zu können. Das reichte bis zu meinen Vorstellungen zu Demonstrationen für die Sache des Naturschutzes. Damals gab es im Bundesverband in Berlin die Auffassung, dass man dort nicht demonstrieren könne, weil es dafür in Berlin kein Interesse gäbe, dass da einfach zu wenig Menschen kämen und wir uns daher eher blamieren würden. Aber inzwischen ist dieses Argument widerlegt: nicht nur wegen der Anti-Atom-Demos, die wir seit 2009 in Berlin mit massiver Unterstützung der Gesamtbevölkerung organisiert haben, sondern auch wegen der ersten Demonstrationen für eine andere, bäuerlich strukturierte, standortangepasste und umweltverträgliche Landwirtschaft in Deutschland. So eine zentrale Demonstration in Berlin war jedes Mal ein großes Wagnis, weil es für diese Umweltbewegungen und schon gleich gar bäuerlichen Traditionen natürlich in der Tat im Berliner Umfeld kein großes Bewusstsein gegeben hat. Aber wir haben bewiesen, dass wir sogar bei ganz, ganz schlechtem Wetter wie in diesem Januar 2012 über 20000 Menschen in Berlin auf die Demonstration bringen können. Diese Demonstrationsteilnehmer haben die Kosten dafür selbstverständlich selbst bezahlt und sie haben mit großem Engagement demonstriert. Auf dieser Demonstration im Januar haben zum ersten Mal Bauern gemeinsam mit Naturschützern und Dritte-Welt-Gruppen und Vertretern von Verbraucherverbänden demonstriert. Das ist also eine völlig neue Situation, in der wir uns inzwischen erfreulicherweise befinden.

Lehner: Die Basis im Denken vom Bund Naturschutz ist ja der ganzheitliche Ansatz. Das heißt, Sie kümmern sich eigentlich um alle relevanten Themenfelder, die dazu in Bezug stehen. Sie haben soeben die Demonstration 2009 gegen den Atomausstieg erwähnt. Nun, nach Fukushima, gibt es den Ausstieg vom Ausstieg. Wie bewerten Sie diesen Ausstieg vom Ausstieg? Wie geht denn das mit der Energiewende Ihrer Meinung nach voran? Zu schnell oder zu langsam?

Weiger:

Mit Sicherheit nicht schnell genug, denn solange Atomkraftwerke laufen, leben wir ja immer mit der Gefahr, dass schlimmste Unfälle passieren. Fukushima hat ja letztendlich dokumentiert, dass diese Unfälle nicht zuletzt auch mit menschlichem Versagen zusammenhängen. Dieses menschliche Versagen ist aber nicht nur auf Japaner, Ukrainer oder Russen beschränkt wie bei Tschernobyl oder auf Amerikaner wie bei Harrisburg, sondern das gibt es überall, wo Menschen handeln. Deswegen haben wir hierzu seit Mitte der 70er Jahre eine klare Position entwickelt. Das war auch von Anfang an die Position des B.U.N.D.: "Wir müssen nicht irgendwann aus der Atomenergie aussteigen, sondern sofort!" Und das ist auch nach wie vor unsere Position. Von daher ist einerseits die Stilllegung von acht Atomkraftwerken selbstverständlich ein gewaltiger Schritt nach vorne. Aber das ist ein in unseren Augen nicht ausreichender Schritt, denn wir erzeugen bis heute Atommüll, ohne dass wir wissen, wohin damit. Und wir haben nach wie vor dieses Gefahrenpotenzial. Aufgrund dieser Situation ist es unserer Ansicht nach so, dass die Energiewende wesentlich beschleunigt werden müsste, und zwar vor allem in einem zentralen Punkt. Hier in diesem Punkt befinden wir uns auf allen Ebenen in einem zunehmend harten Konflikt mit der Politik: Der Punkt ist nämlich die Verringerung des Stromverbrauchs. Die Verringerung des Stromverbrauchs hat nämlich bei der gesamten Energiewende so gut wie keinen Stellenwert. Der Bund will bis 2020 den Stromverbrauch um zehn Prozent verringern, Bayern will ihn gar nicht verringern, weil man hier sagt: "Wir sind schon froh, wenn das plus minus null ausgeht, wenn wir also im Jahr 2020 'nur' genauso viel Strom verbrauchen wie 2012." Wir sagen, dass diese Vorgaben viel zu gering sind. Obwohl die Verringerung der Stromverbräuche wesentlich rascher möglich ist, hat diese Verringerung nur einen sehr geringen Stellenwert in der Energiewende. Ich sage ganz deutlich, warum das so ist: weil dann nämlich der Staat weniger Mehrwertsteuereinnahmen hat. Das heißt, man verdient an der Verringerung des Stromverbrauchs nicht in gleichem Maße wie bei der Schaffung von zusätzlicher Energieproduktion. Deswegen hat die Einsparung von Strom nur einen relativ geringen Stellenwert – sowohl beim Einzelnen, weil diesem im Regelfall das Wissen fehlt, wie auch in der Wirtschaft. Das beweisen inzwischen solche Organisationen wie B.A.U.M., die es inzwischen erfreulicherweise gibt und die sich um umweltverträgliches Management kümmern. Diese Organisation hat in Nordrhein-Westfalen eine Untersuchung durchgeführt, die ganz, ganz wichtige Ergebnisse erbracht hat. Eine ganz wichtige Erkenntnis war z. B., dass die Unternehmen die notwendigen Kosten zur Verringerung des Energieverbrauchs wesentlich überschätzen und die Möglichkeiten, die sich hier bieten, unterschätzen. Das kann man nun von den Unternehmen auch auf öffentliche Einrichtungen usw. übertragen. Das ist im Moment also unser zentraler Ansatz: die Verringerung der Stromverbräuche. Man muss ja nur einmal daran denken, dass der Stand-by-Betrieb von elektrischen Geräten in Deutschland alleine fast so viel Strom verbraucht, wie zwei Atomkraftwerke Strom produzieren. Das heißt, wir haben das Potenzial, Atomkraftwerke durch mehr Hirn, durch Nachdenken, durch bewussteren Umgang mit Strom wegsparen zu können. Dieses Bewusstsein muss noch viel stärker in die Bevölkerung eingebracht werden.

Lehner:

Das Energiesparen ist also ein wichtiger Baustein in der Energiewende. Ein anderer Baustein sind die dezentralen Strukturen wie z. B. die

energieautarken Dörfer. Auf dem Land ist die Energieautarkie ja viel besser machbar als in der Stadt, weil dort vor Ort regenerative Energieträger vorhanden sind wie Biogas, Holz, Wasserkraft, Sonnenkraft usw. In den Großstädten ist das deutlich schwieriger. Für wie machbar halten Sie denn den Ausbau solcher dezentralen Strukturen?

Weiger:

Das, was Sie gesagt haben, ist in der Tat der Schlüssel: Dezentralität! Wenn wir mal beim Stromsektor bleiben, dann haben wir heute in Deutschland ein Stromversorgungssystem, das auf großen Einheiten aufbaut, auf Kohlekraftwerke, auf Gaskraftwerke, auf große Wasserkraftwerke und vor allem auch auf Atomkraftwerke. Dafür braucht es natürlich entsprechende Stromleitungen zu den Zentren des Stromverbrauchs. Die Energiewende bedeutet, dass wir diese zentrale Struktur ändern müssen. Diese Struktur baut ja auf nicht-erneuerbare Energien auf: sei es Kohle oder Gas oder auch Uranerz. Auch das Uranerz ist nur begrenzt vorhanden, denn die Weltvorräte dafür reichen noch maximal 40 Jahre – hierin ist sich sogar die Atomenergiekommission einig. Da diese Energieformen also alle begrenzt sind, brauchen wir verstärkt die Sonnenenergie. Die Sonnenenergie – sei es direkt oder indirekt – kann man aber nur unregelmäßig dezentral nutzen. Aus diesem Grund geht es heute um die "zentrale" Frage: Bleibt die Stromversorgung weiterhin konzentriert in der Hand weniger Werke oder schaffen wir es, auf dezentrale Strukturen umzuschwenken? Dies ist allerdings eine Machtfrage. Denn die Stromversorgung bei uns basiert auf einigen wenigen Stromkonzernen, die die Versorgung zentral steuern. Diese zentrale Stromversorgung muss nun ersetzt werden durch Hunderttausende von eigenen Stromproduzenten. Gerade in Bayern – nicht zuletzt auch durch die Arbeit des Bundes Naturschutz – sind wir hier auf einem sehr guten Weg. Wir haben hier fast die Hälfte der gesamten Stromproduzenten Deutschlands: Das sind 380000 Bürgerinnen und Bürger, die ihren Strom über Photovoltaikanlagen selbst erzeugen. Das ist eine phantastische Entwicklung. Das Ganze ist also eine Systemfrage: Wer setzt sich durch? In unseren Augen muss dieser Prozess von unten kommen, wir brauchen möglichst bald Beschlüsse aller bayerischen Kommunen, dass sie von nun an stromautark werden wollen. Dies beginnt wirklich mit drei "E": Energiesparen, Energieeffizienz und erneuerbare Energien bzw. Ausbau von deren Potenzialen. Darüber hinaus gibt es aber sicherlich das Problem der großen Städte, die ihren Strom nicht alleine über Photovoltaikanlagen auf Dächern und Biogasanlagen oder Windkraftanlagen produzieren können. Diese großen Städte müssen daher über den Überschuss, der draußen auf dem Land erzeugt wird, versorgt werden. Das heißt, dass die Stadtwerke eine zentrale Rolle übernehmen müssen bei der Umsetzung dieser Energiekonzepte. Aber diese Energiekonzepte müssen auch aufeinander abgestimmt werden und sie müssen ökologisch verträglich sein. Genau das ist aber im Moment der große Konflikt: Es kann nicht sein, dass mit dem Argument der erneuerbaren Energie nun z. B. die Zerstörung der letzten Flüsse, die noch frei fließen, durchgesetzt wird, weil es heißt, gerade dort müsse nun die ökologische Wasserkraft ausgebaut werden. Es kann auch nicht sein, dass bedeutende Landschaftsbilder beeinträchtigt werden, weil gesagt wird, dass nun überall Windkraftanlagen gebaut werden müssen. Es kann auch nicht sein, dass riesige Maisanbauflächen entstehen, weil man riesengroße Biogasanlagen betreiben will: Dies führt

nämlich erneut zu einer entsprechenden Umweltbelastung. Das heißt, wir brauchen integrierte Konzepte. Und unsere Kritik aktuell in Bayern lautet, dass es früher im Freistaat eine viel bessere Qualitätsplanung gegeben hat, sei es die Landschaftsplanung oder die Regionalplanung. Denn bei einer Qualitätsplanung können auch solche Nutzungskonflikte aufeinander abgestimmt werden. Diese Qualitätsplanung muss wieder reaktiviert werden. Denn dafür gibt es doch die Landschaftsplanung: um Nutzungskonflikte im Raum aufeinander abzustimmen. Man kann z. B. auch Biogasanlagen durch vorrangige Verwendung von Reststoffen und nicht durch vorrangigen Ausbau von Mais betreiben. Die Verwendung von Reststoffen erbringt aber nur eine geringere Ausbeute, weswegen eben auch die Subventionsmechanismen auf Bundesebene verändert werden müssen, damit es quasi auch ökonomisch wird, sich ökologisch verträglich zu verhalten.

Lehner: Ein wichtiger Pfeiler der Energiewende ist ja auch das Holz: in Form von Holzhackschnitzeln, von Pellets usw. Der Mythos vom Wald gehört wie kaum ein anderer zu den Deutschen und selbst in den Märchen spielt der Wald immer eine große Rolle. Der Deutsche hat also ein sehr emotionales Verhältnis zum Wald, was von anderen Ländern ja oft ein bisschen belächelt wird. Sie selbst sind Waldfachmann, denn Sie sind Forstwirt. Wie kann man und muss man denn mit dem Wald im Zusammenhang mit der Energiewende nun umgehen? Ist der Wald eine Rohstoffquelle, die man unbedingt ausbeuten muss? Oder gibt es da doch Grenzen?

Weiger: Auch eine ökologische Energiewende muss entsprechende Grenzen beachten. Sie darf nicht dazu führen, dass es heute im Zeichen der Renaissance des nachwachsenden Rohstoffs "Holz" – der ja der wichtigste nachwachsende Rohstoff ist, den wir hier im eigenen Land erzeugen können – zu einer Ausplünderung, Ausbeutung unserer Wälder kommt, dass wir also auch noch den letzten Stecken Holz aus dem Wald herausholen, dass die letzten alten Bäume, die bisher keinen Wert hatten, weil niemand Brennholz nachgefragt hat, nun plötzlich hoch begehrt sind, vor allem, wenn es sich um Eichen oder Buchen handelt. Der Brennholzpreis ist heute nämlich zum ersten Mal in der jüngeren Forstgeschichte höher als der Industrieholzpreis! Das heißt, es beginnen auch bei uns Verteilungskämpfe. Aus diesem Grund müssen wir da Grenzen ziehen. Wir können die Holzheizung eigentlich nur vertreten, wenn sie bei energetisch sanierten Gebäuden eingebaut wird. Denn nur dann kommt man mit wesentlich weniger Holz aus. Denn das Verbrennen von Holz ist natürlich auch eine Belastung der Umwelt durch Emissionen: Wenn man hierbei mehr ins Freie heizt, als man die Räume selbst heizt, weil ein Haus energetisch nicht saniert ist, dann ist das ökologisch nicht sinnvoll. Es gilt also, Grenzen zu setzen und entsprechende Konzepte zu entwickeln, die u. a. auch durchaus zu einer Verbesserung führen können. Das Stichwort hier ist, dass wir bei uns ja auch ausgeräumteste Agrarlandschaften haben, in denen wir mehr als bisher eigentlich Heckenstrukturen bräuchten. Dort könnten wir z. B. Kurzumtriebsplantagen machen ...

Lehner: Was ist mit "Kurzumtriebsplantagen" gemeint?

Weiger:

Mit Kurzumtrieb ist der Anbau von bestimmten schnell wachsenden Hölzern gemeint, vor allem von Weidenarten – die ja als Frühjahrsblüher wichtig für die Insektenwelt sind – und von Pappelarten, die dann regelmäßig auf den Stock gesetzt werden: Das heißt, die Wurzeln bleiben im Boden, sodass dadurch der Boden geschützt wird. Wenn das entsprechend unterschiedlich erfolgt, dann kann man in einer offenen, intensiv genutzten Agrarlandschaft dadurch auch entsprechende Strukturen schaffen. Das heißt, wir könnten ökologische Ziele verknüpfen mit Energieversorgungszielen. Aber um das, was ich vorhin gesagt habe, noch einmal zu verdeutlichen: Dies erfordert in der Tat Qualitätsplanung, das erfordert Diskussionen mit den Betroffenen. Davon sind wir leider Gottes noch sehr weit entfernt. Aber der Wald hat in Zukunft mit Sicherheit eine ganz wichtige Aufgabe. Auch hier stoßen wir jedoch an Grenzen: Er kann nicht alles gleichzeitig machen. Deswegen gibt es im Moment gerade auch in Bayern diese Konflikte um die Stilllegung alter Wälder im Staatswald, für die wir uns auf begrenzter Fläche einsetzen. Denn wir können doch nicht von den Brasilianern fordern, dass sie den Amazonas schützen, während wir sagen: "Nein, nein, wir selbst haben keinen Hektar frei für sich selbst überlassene Waldflächen!" Das kann man jedoch nur im Bereich Staatswald machen, also auf öffentlicher Fläche, und auch hier nur begrenzt. Deswegen diskutieren wir hier nicht über 90 Prozent Stilllegung, sondern über zehn Prozent Stilllegungsfläche im Staatswald. Das ist übrigens nicht nur eine Forderung von uns, sondern das wurde auch im Rahmen der Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung noch in dem Kabinett Merkel beschlossen, in dem unser jetziger Bayerischer Ministerpräsident Landwirtschaftsminister gewesen ist. So abwegig sind also die Positionen nicht, die wir hier vertreten, aber sie stoßen immer wieder auf massiven Widerstand. Und wir müssen die Waldwirtschaft ökologisch optimieren, d. h. der naturnahe Wald, der strukturreich ist, der nicht ein Opfer des Windes wird, hat auf lange Sicht eine höhere Leistungsfähigkeit als der monokulturelle Wald. Man kann also gerade in der Waldwirtschaft auch die verschiedensten Ziele miteinander kombinieren. Aber das bedeutet eben auch, dass wir eine Qualitätsplanung brauchen, dass wir Qualitätsarbeit im Wald brauchen. Und das heißt, dass wir den Förster im Wald brauchen und nicht nur die Großmaschine, denn das führt ja am Ende nur zum maschinengerechten Waldbau, wie wir ihn im Moment ja teilweise fast schon erleben.

Lehner:

Sie spielen auf die Forstreform an, die in Bayern im Jahr 2005 eingeführt worden ist. Der Wald hat ja vielfältige Funktionen, weswegen ja auch der Mythos vom Wald seine guten Gründe hat: Der Wald schützt den Menschen, was vor allem in den Bergen von zentraler Bedeutung ist, weil dann keine Lawinen und Steinschläge in die Täler rasen; der Wald ist unsere grüne Lunge; der Wald ist Erholungsraum; der Wald versorgt uns mit Brennstoff usw. Der Wald hat also für den Menschen nützliche Funktionen. Sie sehen das alles jedoch durch die Forstreform in Gefahr. Sie haben damals im Jahr 2004 ja sogar ein Volksbegehren angestrengt, das allerdings nicht erfolgreich gewesen ist. Sind hier also Ihre Bemühungen gescheitert, weil Sie für das Volksbegehren keine Mehrheit bekommen haben?

Weiger: Es war natürlich schmerzlich, dass wir knapp gescheitert sind an der Zehnprozenthürde. Wir haben damals in 14 Tagen 9,4 Prozent Stimmen der Wahlberechtigten in Bayern gesammelt. Das heißt aber auch, dass da rund 900000 Menschen in unserem Freistaat auf die Gemeinde gegangen sind, um sich einzutragen für ein Volksbegehren. Es hatte davor noch kein Volksbegehren in Bayern gegeben, das im Bereich "Umwelt" angesiedelt gewesen wäre und das mit dem Naturschutz verbunden gewesen wäre und das diesen Erfolg gehabt hätte. Aber in der Sache selbst haben wir eben leider keinen Erfolg erzielt. Wir haben allerdings auf Grundlage dieses Gesetzes einige Verbesserungen erreicht: z. B. den Grundsatz, dass die Wälder auch in Verbindung mit der Jagd so bewirtschaftet werden müssen, dass unsere Baumarten auch ohne gezielte Schutzmaßnahmen wachsen können müssen.

Lehner: Ihre Parole hieß und heißt in diesem Zusammenhang "Wald vor Wild".

Weiger: Ja, wir stehen hier voll hinter dem Grundsatz "Wald vor Wild", wobei mit "Wild" natürlich vor allem Rehwild oder Rotwild oder, im Gebirge, Gamswild gemeint ist. Was wir jedoch nicht verhindern konnten, ist die völlige Neuorganisation im Bereich "Forst" – die Aufteilung quasi in Forstbetriebe über die Bayerischen Staatsforsten in der Bewirtschaftung des Staatswaldes – und in der Forstverwaltung. Wir sehen das als einen Rückschritt, der am Ende nicht zu weniger, sondern sogar zu mehr Bürokratie geführt hat. Diese Reform hat auch zu einer Schwächung des Waldes in der Fläche geführt. Das ist eigentlich die schlimmste Folge. Wenn es nämlich z. B. um Waldverteidigung, um Waldfragen geht, dann wird das nicht mehr über ein eigenes Amt vertreten, das die verschiedensten Interessen in sich bündelt. Stattdessen ist das alles nun auf die verschiedensten, voneinander unabhängigen Bereiche aufgeteilt. Das Positive an diesem Volksbegehren war aber, dass wir über diesen monatelangen Prozess im Vorfeld ein völlig neues Waldbewusstsein vieler Menschen bekommen haben, dass Waldfragen heute ganz anders diskutiert werden, dass viele Menschen diesbezüglich viel sensibler sind. Wir merken das durch Anrufe bei uns, bei unseren Geschäftsstellen, sei das in Kreisgruppen oder im Landesverband. Da gibt es häufig Anrufe z. B. nach dem Motto: "Da gibt es jetzt schon wieder einen Großmaschineneinsatz. Muss man das nicht begrenzen?" Das heißt, wir haben durchaus ein neues Waldbewusstsein geschaffen. Und das ist positiv. Von daher hat sich auch der Einsatz damals gelohnt.

Lehner: Es sind ja auch schon große Waldflächen für Naturschutz aus der Nutzung herausgenommen worden. Eine der größten Erfolgsgeschichten des Naturschutzes in Deutschland ist sicherlich die Gründung des Nationalparks "Bayerischer Wald" gewesen. Denn das war vor über 40 Jahren wirklich ein großer Erfolg. Es gibt aber auch dort immer wieder Ärger mit Anwohnern wegen eines kleinen Tieres, nämlich wegen des Borkenkäfers. Es wird behauptet, dieser würde im Nationalpark regelrecht gezüchtet werden und würde dann überspringen auf die angrenzenden Wälder, wodurch er die dortigen Waldbauern schädige. Wie schafft man es, hier als Naturschützer zu vermitteln? Denn einerseits will man selbstverständlich den Nationalpark, andererseits will man ja auch die Akzeptanz in der Bevölkerung. Wie gehen Sie damit um?

Weiger:

Sie haben völlig recht, der Nationalpark Bayerischer Wald ist eine riesige Erfolgsgeschichte und auch ein bleibendes Verdienst unseres langjährigen Vorsitzenden Hubert Weinzierl, der sich schon als Regierungs-Naturschutzbeauftragter von Niederbayern dafür eingesetzt hat und dies dann als junger Landesvorsitzender des Bundes Naturschutz erst recht gemacht hat – gemeinsam mit Bernhard Grzimek, der hier auch größte Verdienste hat. Es ist über diesen Nationalpark Bayerischer Wald in Deutschland ein neues Prinzip in den Naturschutz gekommen. Das muss man ganz offen so sagen, denn dieses Prinzip hatte bis dahin im deutschen Naturschutz nur eine geringe Rolle gespielt. Ich meine nämlich das Prinzip der sich selbst überlassenen Natur. Der Naturschutz in Deutschland hatte sich ja wie erwähnt in bildungsbürgerlichen städtischen Kreisen gebildet: Es ging damals überwiegend um "schöne" Kulturlandschaften, die erhalten werden sollten. Die Vielfalt und Schönheit der Landschaft – und damit auch die Ästhetik – standen im Mittelpunkt des Interesses. Das heißt, es ging um gepflegte Landschaften, von Menschen gestaltete, bewirtschaftete Landschaften. Sie standen damals im Mittelpunkt des Naturschutzes: Deswegen gab es ja auch die Pflege von Landschaften und den Kauf von Gebieten, den wir als Bund Naturschutz seit den 30er Jahren machen. Über den Nationalpark Bayerischer Wald, vor allem über dessen langjährigen Leiter Hans Bibelriether, kam ein völlig neuer Gesichtspunkt im Naturschutz auf: Man will die Natur Natur sein lassen. Hier mussten aber zuerst einmal alle Beteiligten Neues lernen. Auch wir selbst haben da erst vieles lernen müssen. Für uns war nämlich immer klar gewesen, dass beim Borkenkäfer irgendwann dessen Population zusammenbrechen werde. Das war aber nicht der Fall, wie sich herausstellte. Die Population des Borkenkäfers ist in diesen Wäldern viel länger und vitaler vorhanden. Aber, und auch das waren neue Erkenntnisse: Wenn der Mensch nicht eingreift, dann regeneriert sich die Natur viel rascher. Das heißt, wir bekommen dadurch einen struktureicheren Wald. Unsere Sorge damals war ja: In welcher Zeit kommt der neue Wald? Wie lange wird das dauern? Deswegen hatten wir ja auch durchaus Verständnis für die Menschen, die dagegen protestiert haben, denn der Wald hatte sich ja plötzlich komplett verabschiedet und es entstanden sehr große freie Flächen. Da war wirklich die Frage: Haben wir noch eine Chance, dass da wieder Wald kommt? Diese Sorgen sind aber glücklicherweise nicht Realität geworden, denn die Vitalität der Natur im Schutze der alten Bäume ist riesengroß. Ich selbst bin immer ganz ehrfürchtig, wenn ich in solchen Wäldern bin, weil man dort sehen kann, wie alles ineinander übergeht: Da gibt es den Tod der alten, abgestorbenen Fichten gerade in den Hochlagen, während es unten den Nachwuchs gibt, und zwar nicht nur Fichten, sondern auch Buchen, Vogelbeeren usw. in einer ungeheuren Vielfalt. In den letzten Jahren gab es dort eine regelrechte Explosion der Vitalität des Waldes: Die Regeneration erfolgte also viel rascher, als man gedacht hatte. Das ist dieses Faszinosum, das man inzwischen im Nationalpark Bayerischer Wald erleben kann. Es ist sehr interessant, dass die älteren Menschen unter diesem veränderten Landschaftsbild viel eher leiden als die jüngeren Menschen, die das stattdessen als absolut spektakulär empfinden. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn sie darauf hingewiesen werden: "Der alte Baum stirbt nicht umsonst! In seinem Schutze kommt die Natur, kommt eine vielfältigere

Natur hoch, als sie der Mensch geschaffen hat." Aus diesem Grund sind wir nach wie vor zu 100 Prozent vom Nationalpark überzeugt und fordern ja auch, dass dieses Prinzip, die Natur Natur sein zu lassen, auch im erweiterten Nationalpark umgesetzt wird. Selbstverständlich haben wir im Moment auch die Sorge, dass Fehlentwicklungen auf tschechischer Seite auch auf Bayern übergreifen. Aus diesem Grund ist der Einsatz für den Nationalpark Bayerischer Wald nach wie vor ein großes Herzensanliegen meines Verbandes.

Lehner:

Im Schutze dieses Freiraums, dieses Naturraums kommen ja auch neue alte Besucher wieder in den Bayerischen Wald: der Luchs und teilweise auch der Wolf. Auch den Alpen haben sich wieder Tiere genähert, die früher bereits dort heimisch waren. Die Geschichte von Bruno ist uns allen noch gut in Erinnerung bzw. in schlechter Erinnerung, wenn man an das Ende denkt. Auch hier bei den zurückkehrenden großen Räubern gibt es ähnlich wie beim Borkenkäfer natürlich ein riesengroßes Konfliktpotenzial. Viele Leute haben Angst vor diesen großen Räubern: Schäfer, aber auch Spaziergänger, die Angst davor haben, angefallen zu werden. Wie gehen Sie damit um? Es ist ja nicht von der Hand zu weisen, dass da auch mal etwas passieren kann.

Weiger:

Die Antwort ist nicht so einfach. Wir mussten uns ja auch erst wieder an diese natürlichen Prozesse gewöhnen: Als Mitteleuropäer haben wir da durchaus unsere Schwierigkeiten, denn wir alle sind doch in einer letztlich genormten, verplanten Natur groß geworden. Das gilt für den Wald genauso wie für die Fließgewässer, die an den Ufern ja ebenfalls weitestgehend fixiert sind. Wir Mitteleuropäer haben in den letzten Jahrhunderten die Dynamik weitestgehend rausgenommen aus unseren Landschaften und dies wurde auch immer als ein Zeichen des Fortschritts erachtet. Genauso wie wir lernen müssen, auf begrenzter Fläche – ich lege Wert auf das Adjektiv begrenzt – mit dynamischen Prozessen zurechtzukommen, dies, und das ist eigentlich eine der Hauptaufgaben von Nationalparks, als etwas Bereicherndes zu empfinden, müssen wir auch erst wieder lernen, mit den Rückkehrern umzugehen. Der Luchs ist genauso wie der Biber ein Rückkehrer. Wenn wir uns für Biber-Management einsetzen oder für ein Luchs-Management, dann heißt das, dass da ja nicht der Luchs oder der Biber gemanagt werden muss. Stattdessen heißt das, dass wir den Menschen managen müssen: Wir müssen die Betroffenen informieren, was sie selbst machen können durch einen entsprechend angepassten Schutz. Wir müssen die Menschen im Hinblick auf den Luchs, den Bär, den Wolf darüber informieren, wie man mit Wildtieren umgeht, dass das keine Kuscheltiere sind, sondern dass das Tiere sind, bei denen man einen entsprechenden Abstand halten muss. Die größte Gefahr beim Bruno war ja in der Tat, dass ihn unvernünftige Mountainbiker verfolgen und er dann, in die Enge getrieben, plötzlich von einem kuscheligen Tier zu einem zu fürchtenden Tier wird. Das heißt, es braucht Respekt vor den Tieren und einen entsprechenden Umgang. Für uns heißt das, dass die Menschen informiert werden müssen. Das ist eine unserer großen Aufgaben, die wir im Übrigen – auch dank der Förderung aus dem Bayerischen Naturschutzfonds – beim Biber auch mit großem Erfolg durchführen. Es gibt inzwischen zwei Biber-Berater, durch die 90 Prozent aller Konfliktfälle zwischen Mensch und Biber positiv gelöst werden

können. In den restlichen zehn Prozent müssen dann entsprechende zusätzliche Schutz- und Abwehrmaßnahmen ergriffen werden. Aber das heißt, hier hat sich aufgrund unserer Informationspolitik sehr viel getan. Das Gleiche läuft inzwischen auch schon beim Luchs. Aktuell geht es dabei um das Problem der Wilderei: Das zeigt, dass wir nach wie vor diesem alten Beutedenken verhaftet sind. Denn da herrscht die Vorstellung: "Der Luchs macht mir mein Rehwild streitig." Das heißt, hier gibt es ein Konkurrenzdenken aufseiten der Jäger und deswegen befinden wir uns da auf einmal teilweise wieder im 18. oder 19. Jahrhundert, als diese Tiere ausgerottet wurden. Wir werden diese Diskussion bestimmt auch mit dem Seeadler bekommen, der im Westen eine große Dynamik entfaltet hat. Er wird daher nicht mehr nur in einigen wenigen Bereichen zu Gast sein. Da wird es dann eben auch Konflikte geben, genauso wie mit dem Kormoran. Das heißt, wir müssen lernen, wieder gemeinsam mit Wildtieren zu leben. Wir müssen andererseits dort, wo die Schäden durch diese Wildtiere zu groß werden, als Gesellschaft den Betroffenen helfen. Das Interesse muss aber immer die Erhaltung dieser Tiere sein.

Lehner:

Wir haben jetzt einige Erfolgsgeschichten in Sachen Naturschutz angesprochen, aber es gab selbstverständlich auch Misserfolge, obwohl "Misserfolg" vielleicht das falsche, und "Niederlage" das bessere Wort ist.

Ich denke hier z. B. an den Rhein-Main-Donau-Kanal in den 80er Jahren oder an die Autobahn durch das Isental. Dort im Isental wird trotz langjähriger Proteste diese Autobahn nun doch gebaut. Eine andere Geschichte, die sich seit Jahrzehnten hinzieht, ist der Donauausbau. Ich glaube, das ist sogar eines der vordringlichsten Projekte vom Bund Naturschutz in Bayern. Ich kann mich daran erinnern, dass die schöne Sendung "Unkraut" im Bayerischen Fernsehen bereits in ihrer allerersten Ausgabe im Januar 1993 das Thema "Donauausbau" behandelt hat. Wie kommt es eigentlich zu dieser neverending Story? Warum ist man in diesen langen Jahrzehnten nicht in der Lage gewesen, diese 70 Kilometer frei fließende Donau einfach zu schützen und einen Strich unter diese Ausbaupläne zu machen und sie abzuhaken? Landes- und Bundesregierungen kommen und gehen, aber kann man da nicht doch endlich mal definitiv einen Deckel draufmachen?

Weiger:

Das ist unser Wunsch! Und gleichzeitig auch unsere Forderung. Aber die Entscheidungen fallen leider nicht zwischen uns beiden, sondern an anderer Stelle. Es gibt natürlich von bestimmten Seiten ein erhebliches Interesse daran, solche Großprojekte zu realisieren. Sowohl die Schifffahrt hat ein Interesse daran, aber vor allem und hauptsächlich hat die Bauwirtschaft daran ein Interesse. Denn hier gibt es, das ist einfach so, ein Grundproblem: An der Zerstörung der Natur kann, wie in diesem Fall, wesentlich mehr verdient werden als an ihrer Erhaltung. Da geht es dann schnell nicht nur um einige zig Millionen, sondern da geht es um Hunderte von Millionen Euro, sogar um Milliarden. Gerade bei der niederbayerischen Donau ist es ja so: Wenn es gelingt, die Donau zwischen Straubing und Vilshofen als freien Fluss zu erhalten und mit flussbaulichen Maßnahmen die Schifffahrtsverhältnisse etwas zu verbessern und dabei doch deutlich unter den Ausbauzielen zu bleiben, dann heißt das für die übrigen Abschnitte natürlich, dass sie weiter geschützt sind. Denken Sie hier z. B. an die Wachau oder auch an den Nationalpark Hainburg. Dort im

Nationalpark Hainburg wird leider ebenfalls geplant, die Donau bis zu 2,80m Tiefe auszubauen. Diese Ausbauten würden ja keinen Sinn ergeben, wenn wir es schaffen, die niederbayerische Donau so zu erhalten, wie sie heute ist. Unser Einsatz für diese Strecke von 70 Kilometern hat daher Auswirkungen auf die gesamte Donau. Und unser Widerstand hier wird ja nicht ohne Grund als der größte Hemmschuh für den gesamten Ausbau der Donau bezeichnet. Zum Glück gibt es aber vor Ort eine sehr engagierte Bevölkerung. Inzwischen gibt es erfreulicherweise auch gemäß jüngsten Umfragen eine große Mehrheit der niederbayerischen Bevölkerung hinter uns, weil auch sie keinen Sinn in dieser Flusszerstörung sieht und erkannt hat, welches Kleinod die Donau dort mit dem dortigen Isar-Mündungsgebiet darstellt. Das ist wirklich ein Kleinod von europäischem Rang. Wenn man sieht, wie die Menschen im Sommer diesen Fluss im besten Sinne in Besitz nehmen, wie sie dort baden, wie sie dort am Ufer lagern, dann ist das eine fantastische Veränderung gegenüber den Verhältnissen von 1993. Denn damals waren wir lediglich eine sogenannte kleine radikale Minderheit in dieser Region, heute stellen wir dort die Mehrheit. Das ist durchaus ein großer Erfolg, weil nämlich in meinen Augen die Zerstörung der Donau politisch nicht mehr durchsetzbar ist. Das ist die Chance für die gesamte Donau, endlich andere Konzepte zu realisieren. Aber Sie haben natürlich recht: So etwas erfordert einen jahrzehntelangen Einsatz. Mein ganzes Leben im Bund Naturschutz ist geprägt auch von diesem Kampf: Das hat angefangen mit dem Kampf gegen den Rhein-Main-Donau-Kanal und dann ging es weiter mit dem Kampf gegen die Zerstörung der Donau. Ich habe meine ersten Veröffentlichungen zum Thema Altmühltal und Donau bereits im Jahr 1973 gemacht. Hier ist also schon viel Schweiß auf unserer Seite vergossen und auch viel Arbeit investiert worden. Es ist aber auch hier toll mitzuerleben, wie aus ganz kleinen Anfängen – wir waren da am Anfang wirklich nur mit einigen Bürgerinitiativlern und Ortsgruppen vom Bund Naturschutz unterwegs – eine so große Bewegung werden konnte, weil inzwischen eben wesentlich mehr Menschen erkannt haben, was sie eigentlich verlieren, wenn die Donau dort kanalisiert wird. Wir kämpfen ja inzwischen auch auf europäischer Ebene gegen diesen Ausbau. Auch hier stehen die Chancen gut, die Donau als unseren zentralen europäischen Strom, der durch zehn Staaten fließt, zu erhalten.

Lehner: Herr Professor Weiger, wir sind nun fast schon am Ende unseres Gesprächs angelangt. Wir könnten noch über viele andere Themen sprechen wie z. B. über den Klimawandel, über die Landwirtschaft, über den Verbraucherschutz. Vielleicht können wir das ein anderes Mal machen. Ihr Verband, die Keimzelle des Naturschutzes in Deutschland, also der Bund Naturschutz in Bayern e. V., wird nächstes Jahr 100 Jahre alt. Dieser Verband ist noch kein bisschen altersmilde, sondern immer noch streitlustig. Wird sich das auch in Zukunft so fortsetzen?

Weiger: Ich hoffe, dass das so sein wird. Wir haben ja eine sehr aktive Jugend, auf die wir sehr stolz sind. Gerade in den letzten Jahren ist sie wieder wesentlich stärker geworden und engagiert sich sehr breit und konsequent und ist auf allen unseren Arbeitsfeldern aktiv: ob das nun der Einsatz für den geplanten Nationalpark Steigerwald ist oder der Kampf gegen den Donauausbau oder gegen die dritte Start- und Landebahn draußen am

Flughafen im Erdinger und Freisinger Moos. Hier ist also etwas Hervorragendes nachgewachsen: Die Breite dieses Engagements lässt wirklich hoffen. Denn Naturschutz heißt eben nicht, dass es da einige Leute gibt, die an der Spitze eines Verbandes stehen und etwas bekannter sind und sozusagen alleine den Naturschutz darstellen. Wenn es so wäre, dann hätte der Umwelt- und der Naturschutz keine Perspektive. Stattdessen ist es uns in diesen Jahrzehnten gelungen, den Naturschutz in der Bevölkerung sehr breit zu verankern, sodass wir heute mit vielen Bürgern ganz anders diskutieren können, als das noch vor Jahren der Fall gewesen ist, und dass wir uns dabei auch immer selbst weiterentwickelt haben. Wir sind also auf der einen Seite dankbar für unsere Erfolge, die selbstverständlich nie nur wir allein erzielt haben, denn das waren ja immer Gemeinschaftsleistungen – auch in Zusammenarbeit mit engagierten Politikern und mit Unterstützung der Medien. Wir signalisieren allerdings der verantwortlichen Politik – völlig unabhängig davon, wer unser Land regiert – auch ganz klar: Wir lassen nicht zu, dass die letzten Kleinode unserer Heimat zerstört werden! Wir setzen uns dafür ein, dass wir endlich tatsächlich zu einem nachhaltigen Lebensstil kommen, zu einem nachhaltigen vertretbaren Umgang mit unseren begrenzten Ressourcen.

Lehner: Alles Gute, Herr Professor Weiger, Ihnen persönlich wie auch Ihrem Verband, dem ich natürlich noch viele weitere 100 Jahre wünsche. Herzlichen Dank, dass Sie bei uns waren.

Weiger: Vielen Dank.

Lehner: Verehrte Zuschauer, das war das alpha-Forum, heute mit Professor Dr. Hubert Weiger, dem Vorsitzenden des Bundes Naturschutz in Bayern und Vorsitzenden des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland. Auf Wiedersehen.